



## **Diskurse über Klimawandel in Südostasien und Europa im Vergleich**

von Jürgen Maier, Mitglied des Kuratoriums der Asienstiftung

(Vortrag auf der Tagung des philippinenbüro »Power to the People« 27.-29.3.2009)

Das Klima und die Klimapolitik sind in aller Munde, Klimaskeptiker gibt es auch nicht mehr viele – also diejenigen, die behaupten, so etwas wie vom Menschen verursachten Klimawandel gibt es gar nicht – und dennoch: die weltweiten Treibhausgasemissionen stiegen im vergangenen Jahr so rasant an wie noch nie zuvor. Wohlgemerkt: nicht nur das absolute Niveau ist höher denn je, sondern auch die Wachstumsrate. In Deutschland gingen diese Emissionen zwar zurück, auf den niedrigsten Stand seit 1980, aber was ist schon Deutschland – weltweit liegen wir auf Rekordniveau. Alle sind besorgt, kein Politiker der nicht rhetorisch auch ein Klimaschützer wäre, alle paar Monate internationale Klimakonferenzen – aber an den Realitäten geht das offenbar spurlos vorbei. Die Menschheit erinnert an einen Kettenraucher, der zwar zugibt dass Rauchen Lungenkrebs verursacht und deswegen gelobt, mit dem Rauchen aufzuhören, aber erst nächste Woche – und nächste Woche nimmt er sich dasselbe wieder vor.

### **Der gesellschaftliche Diskurs über Klimawandel**

Warum hat alles Reden über Klimaschutz so wenig Effekt? Es könnte vielleicht sein, dass die Art des gesellschaftlichen Diskurses über Klimaschutz und Klimawandel ein Teil des Problems ist. Vielleicht ist sie auch kein Teil des Problems, aber eben auch kein Teil der Lösung. Nun sieht dieser gesellschaftliche Diskurs in verschiedenen Teilen der Welt durchaus sehr unterschiedlich aus, in Europa wird er anders geführt als in Südostasien oder den USA, aber diese Diagnose könnte meines Erachtens dennoch überregional gelten. Ich möchte dieser Vermutung mit einigen Thesen nachgehen, die im übrigen natürlich ganz und gar nicht mit der nationalen und internationalen NGO-Community abgestimmt sind, die ja ein nicht unwesentlicher Player im gesellschaftlichen Diskurs über Klimawandel ist.

Klimapolitik ist heute keine obskure Nischenfrage am Rande des politischen Geschehens mehr, die nur Spezialisten, unwichtige Industriebranchen und Fachressorts beschäftigt. So war das noch vor 20 Jahren, als das Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozonschicht verhandelt wurde. Da mussten ein paar Spezialchemikalien verboten werden und durch andere Stoffe ersetzt werden, das interessierte weder Minister noch den BDI. Es betraf nicht viele Akteure, nützte aber allen, und sonderlich teuer war es auch nicht. Kein Wunder dass es rasch eine wirksame Lösung gab. Heute geht es um viel mehr.

Klimapolitik steht heute auf der Tagesordnung von G8-Gipfeln und ist eine Sache von Staats- und Regierungschefs. Über Klimafragen gehen transatlantische Beziehungen in den Keller, an der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls entscheidet sich ob Russland in die WTO darf, und Klimaschützer wie Al Gore und das Wissenschaftlergremium IPCC erhalten inzwischen sogar den Friedensnobelpreis. Umweltminister Gabriel verglich das Klimaproblem sogar schon mit dem Wettrüsten und erklärte bei einer UN-Klimakonferenz, das Wettrüsten sei nicht von den Verteidigungsministern beendet worden, sondern von den Staatschefs, und das sei beim Klimawandel nicht anders, den könnten auch nicht die Umweltminister stoppen, sondern da müssten die Chefs ran.

## **Mikado – Wer sich zuerst bewegt verliert**

Das mag durchaus so sein, aber es hat auch Nachteile wenn Klimapolitik derart politisch aufgeladen wird. Wenn sich die Logik internationaler Verhandlungen im gesellschaftlichen Diskurs über Klima immer mehr breitmacht, brauchen wir uns nicht zu wundern wenn es nicht mehr vorangeht. Die Logik einer UN-Konferenz ist die Logik des Mikadospiels: wer sich zuerst bewegt hat verloren. Für ein Problem, bei dem die Zeit wirklich drängt, ist das verheerend. In UN-Verhandlungsprozessen macht eine Regierung nur Konzessionen, wenn es nicht mehr anders geht, und jede Konzession ist etwas was der Gegenseite nützt, wir befinden uns in einem Nullsummenspiel. Man müsste ja schon Emissionen reduzieren, aber jeder Staat hat seine Gründe, warum die anderen mehr reduzieren müssen als er selbst. Denn Emissionsreduktionen sind Opfer, bedeuten Verzicht, kosten Geld, Arbeitsplätze, Wählerstimmen und wer will das schon aufbringen.

So wird das auf jeden Fall in den USA diskutiert – man steht in Rivalität zu China, zu Russland, zu Japan, zu Europa, also wird man nichts unterschreiben, was denen mehr Vorteile bringt als einem selbst. So wird das auch in praktisch allen Entwicklungsländern diskutiert, gerade auch in den aufstrebenden Schwellenländern Asiens. Man will sich auf keinen Fall von den alten Industrieländern irgendeine teuren Klima-Auflagen aufzwingen lassen, die die wirtschaftliche Entwicklung bremsen könnten, und das tun Klimaauflagen ja bekanntlich immer und grundsätzlich. Dafür muss man also erst mal reich werden und kräftig emittieren, bevor man sich Klimaschutz leisten kann, und reich werden ohne viel Emissionen geht doch sowieso gar nicht. Das war ja in Europa und Amerika auch nicht anders. Da sind sich von den Regierungen über die Industrie und die Medien bis hin zu vielen NGOs fast alle einig.

Ein bisschen anders sieht der Klimadiskurs im gesellschaftlichen Mainstream in Europa aus. Europa ist der Klima-Vorreiter-Kontinent, darauf halten wir uns viel zugute, und angesichts der real existierenden Passivität woanders ist das ja auch nicht so schwierig. Immerhin hat Europa seine Emissionen auch real ein wenig reduziert, während andere kräftig zugelegt haben, und hat eine halbwegs systematische Klimaschutzpolitik – auch wenn die wirksamsten Einzelmaßnahmen weniger mit Klimaschutz zu tun hatten, nämlich der Zusammenbruch des Sowjet-Sozialismus und Thatchers brachiale Zerschlagung der britischen Kohlebranche.

Aber was in wirtschaftlich guten Zeiten populär ist, muss in Krisenzeiten nicht populär bleiben, und ob wir heute Mehrheiten für viele der existierenden Klimaschutzmassnahmen bekommen würden, darf durchaus bezweifelt werden – beim EU-Gipfel im Dezember waren wir nicht weit von einem Totalcrash entfernt, als es um die Frage ging, ob die Emissionsrechte auch in Zukunft an Industrie und Stromkonzerne verschenkt oder doch versteigert werden sollen. Die deutsche Bundesregierung war in dieser absolut zentralen Frage weit von einer Vorreiterrolle entfernt, sondern ein zentraler Problemfall und musste am Ende schlicht überstimmt werden.

Für Europas NGOs ist der rasante Absturz des Klimathemas vom Lieblingsthema der Kanzlerin im Jahr 2007 zum nicht in die aktuelle Lage passenden Kostenfaktor Ende 2008 eine dramatische Herausforderung. Gesellschaftliche Mehrheiten für Klimaschutzmassnahmen in Europa sind de facto – und leider – in der Logik der UN-Verhandlungen die Voraussetzung dafür, dass überhaupt irgendetwas passiert, denn wenn Europa als Vorreiter, oder auch nur als zögerlicher Vorreiter, ausfällt, macht wahrscheinlich überhaupt niemand irgendetwas, weder die Amerikaner, noch die Japaner oder die Chinesen. Gesellschaftliche Mehrheiten, politische Mehrheiten sind

aber nichts stabiles, sie fallen nicht vom Himmel, sie müssen immer wieder neu erarbeitet und stabilisiert werden.

### **Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral**

Und hier will ich jetzt mal einen großen deutschen Literaten zitieren. »Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral« - Bert Brecht hat das wirklich auf den Punkt gebracht, worum es in der Klimapolitik geht und woran Klimapolitik allzu oft scheitert. In Europa stehen wir heute vor der Gefahr, dass Klimaschutz als ein teures Lieblingsthema von Gutmenschen wahrgenommen wird, das aber von der Mehrheit lieber auf die Zeit vertagt wird, in der die Krise überwunden ist – die Wirtschaftskrise, die Finanzkrise, nicht die Klimakrise bestimmen heute das Denken. Das kann man anprangern und den Leuten ein schlechtes Gewissen mit der Zukunft ihrer Kinder machen, man kann sagen »wäre die Erde eine Bank, hättet ihr sie längst gerettet« - allein, die Logik »erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral« knacken wir damit nicht. Dann haben die Leute vielleicht ein schlechtes Gewissen, aber das hat der anfangs zitierte Kettenraucher auch. Klimaschutz muss was zum Fressen sein und nicht nur für die Moral, und zwar in der Wahrnehmung des Mainstreams und nicht nur in den Powerpointpräsentationen der Experten.

Die Europäische Union ist die größte Volkswirtschaft der Welt, als Union, aber auch zusammengenommen sind ihre 27 mittleren und kleinen Mitgliedsstaaten nicht der größte Treibhausgasemittent. Um diese Rolle liefern sich die USA und China ein Kopf-an-Kopf-Rennen, das aber früher oder später von den Chinesen gewonnen werden wird – kein Wunder, sie haben ja auch viermal so viele Menschen wie die USA. Aber schon der drittgrößte Verursacher von Treibhausgasen ist Indonesien, und da sind wir dann auch in Südostasien angekommen. Indonesien fördert zwar viel Öl und Kohle, exportiert auch viel davon, aber mit der Verbrennung dieser fossilen Energieträger allein hätte es das 200-Millionen-Volk nie geschafft, an fast allen anderen vorbeizuziehen und drittgrößte Treibhausgasquelle zu werden. Indonesien erreicht diesen zweifelhaften Ruhm durch die großflächige Zerstörung seiner Regenwälder, vor allem seiner Torfregenwälder. Die gibt es eigentlich nur in Indonesien, da wachsen Bäume teilweise auf bis zu 10 Meter dicken Torfschichten. Wenn man Torf Millionen Jahre sich selbst überlässt, wird daraus Braunkohle – daran sehen Sie bereits dass hier viel Kohlenstoff gespeichert wird. Und wenn man diesen Wald abholzt und den Torfboden entwässert, beispielsweise um dort Ölpalplantagen anzulegen, werden riesige Mengen Kohlenstoff an die Atmosphäre abgegeben, die im Torf über Jahrtausende gespeichert waren, und zwar ganz egal ob die Torfschicht 10 Meter oder nur 20 Zentimeter dick ist, in kurzer Zeit zersetzt sich das an der Luft. So schafft es Indonesien jedes Jahr mehr Kohlenstoff in die Luft zu blasen als ganz Deutschland mit seiner riesigen Industrie.

### **Klimawandel: Das Beispiel Indonesien**

Der Unterschied zwischen Deutschland und Indonesien ist aber nicht nur, wie der Kohlenstoff in die Luft geblasen wird. Im Gegensatz zu Deutschland weiß das in Indonesien auch niemand und es interessiert auch niemanden. Dass Indonesien in wenigen Jahren zum drittgrößten Klimakillerstaat aufgestiegen ist, spielt dort politisch keine Rolle.

Wenn in Indonesien über Klimaschutz diskutiert wird, dann tut man das ganz in der Logik der UN-Klimaverhandlungen: für den Klimawandel sind die Industrieländer verantwortlich, wir sind arm, die sind reich, also müssen die was tun, und wir tun nur dann was wenn wir von den Industrieländern dafür finanziell entschädigt werden. Da sind auch die meisten NGOs keine Ausnahme. Und wohlgemerkt reden wir in Indo-

nesien nicht von den Überlebens-Emissionen einer afrikanischen Nomadin, die sich mit ein bisschen Brennholz ihr Essen kocht. Wir reden von der Profitgier einer wirtschaftlichen und politischen Elite, von großen Konzernen die hier kaum jemand kennt wie Sinar Mas oder April Papers, die skrupellos die Wälder in Indonesien und anderswo zerstören und die relevanten Politiker gekauft haben. Zur Entwicklung des Landes trägt das nichts bei, die Armen haben davon nichts – höchstens dass sie gleich mit vertrieben werden. Und wenn jemand gegen diese Klimakiller aktiv protestiert, sind es meist ausländische oder internationale NGOs wie kürzlich bei der Sinar Mas-Konzernzentrale, wo der firmeneigene Sicherheitsdienst Greenpeace-Aktivisten verprügelte.

Als im Dezember 2007 in Bali, also in Indonesien, wieder mal eine UN-Klimakonferenz war, trafen sich dort natürlich auch die internationalen NGOs. Dort gibt es in letzter Zeit zunehmend politische Meinungsverschiedenheiten – das ist ja auch kein Wunder, wenn sich immer mehr Leute für Klimapolitik interessieren. Es war schon recht ironisch, dass ausgerechnet bei einem »Climate Justice Summit« mit angeschlossener Demonstration diejenigen, die Wert auf eine antikapitalistische und anti-imperialistische Ausrichtung ihrer politischen Arbeit legen, die exzessive Klimazerstörung des Gastgeberlandes praktisch keine Rolle spielte, oder allenfalls indem man suggerierte, auch an der Waldzerstörung in Indonesien seien genauso wie überhaupt an dem ganzen Klimaproblem in erster Linie die Industrieländer schuld.

Was abstrakt und historisch stimmt – die Industrieländer sind die Hauptverursacher des Klimawandels – führt in der politischen Praxis eines Landes wie Indonesien aber zu geradezu makabren Resultaten: Die Regierung braucht wegen des Klimas keine Angst vor kritischer Öffentlichkeit zu haben. Wer in Indonesien die Klimazerstörung durch Indonesien kritisiert, nützt nur den Industrieländern, fällt der Regierung und der Solidarität der G77 in den Rücken, so die Logik – und das Ergebnis ist: ausgerechnet diejenigen, die sich für besonders systemkritisch halten, tragen am meisten zur Stabilisierung des Systems bei.

Letzte Woche trat die stellvertretende Umweltministerin Indonesiens bei einem »High-Level-Dialog« des BMZ in Berlin über die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen auf. Sie verlas das altbekannte Mantra der G77, wonach man in Indonesien erstmal ein paar Milliarden Zuschuss von den Industrieländern braucht, bevor man etwas für das Klima tun könne. Es war keine indonesische NGO anwesend, sie hätten aber wohl genausowenig widersprochen wie es die anwesenden sonstigen NGOs getan hätten – auch wenn kaum ein Entwicklungsland vorstellbar ist wo diese Aussage so offensichtlich falsch ist wie in Indonesien. Was in Indonesien fehlt sind nicht ein paar Milliarden mehr für die Regierung, sondern der politische Wille dieser Regierung, Konzernen wie Sinar Mas das Handwerk zu legen.

### **Klimaschutz wird als Opfer betrachtet, nicht als Chance oder Fortschritt**

Solange Klimaschutz als Opfer betrachtet wird, solange Appelle zum Klimaschutz als kostenträchtige Verzichtsappelle statt als Chancen auf wirtschaftliche Entwicklung wahrgenommen werden, haben wir wenig Chancen. Auch in den meisten Entwicklungsländern profitieren doch nur wenige davon, in großem Stil Wälder zu zerstören oder die Volkswirtschaften dieser Länder weiterhin von importiertem Erdöl abhängig zu halten. Gerade mal 40 Staaten exportieren fossile Brennstoffe, die anderen 160 importieren sie. Jetzt ist das Öl gerade mal billig, das ist ein Problem für die 40 Exporteure, demnächst ist es wieder teuer, dann ist es ein Problem für die 160 Importeure. Wer koordiniert und systematisch auf den Ausbau der erneuerbaren heimischen Energien setzt, kann das Problem entschärfen, doch solche Strategien sind

die Ausnahme, da braucht man sich nur die Kreditanträge bei der Weltbank anzusehen, für welche Energieprojekte da Geld beantragt wird: die Planungs-, Industrie- und Wirtschaftsministerien setzen auf fossile Energien. Denn was volkswirtschaftlich sinnvoll ist, ist noch lange nicht sinnvoll für diejenigen, die am fossilen System verdienen. Warum kann man in Malaysia zwar Autos bauen, aber keine Windräder? Warum kann Taiwan zwar Atomkraftwerke betreiben, aber keine Biogasanlagen? Das hat wenig mit Technologietransfer und viel mit politischem Willen zu tun. Selbst in den Schwellenländern Asiens kreist der gesellschaftliche Klimadiskurs nur zu oft darum, was man sich noch alles für Argumente ausdenken könnte, um zu begründen, warum man jetzt noch nicht ernsthaft Klimaschutz betreiben kann. Letzte Woche hat ein chinesischer Diplomat auch noch vorgeschlagen, die Emissionen bei der Produktion chinesischer Exportwaren den Käufern dieser Produkte anzurechnen. Solange man rhetorisch erst dann zu Klimaschutz bereit ist, wenn die Industrieländer das mit vielen Milliarden Euro unterstützen – also vermutlich am St. Nimmerleinstag, wenn man die Erfahrungen aus dem 0.7%-Entwicklungshilfe-Ziel zum Vergleich heranzieht – solange werden wohl steigende Ölpreis die einzige Emissionsbremse sein.

### **Der „Renewable Energies Act“ der Philippinen**

Die Regierungen Südostasiens profitieren politisch sehr davon, wenn ihre Völker ähnliche Meinungen vertreten, aber dieser Schulterschluss schadet diesen Ländern, jedenfalls wenn sie keine Ölexporture sind. Die Abkehr vom fossilen Energiesystem ist doch kein Opfer, sondern ein wirtschaftlicher Entwicklungsfortschritt. Und im Endergebnis sind wir wieder beim Mikadospiel der Klimaverhandlungen: wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Hier steht das Hineinsickern der UN-Verhandlungslogik in den gesellschaftlichen Diskurs dem Klimaschutz im Weg. Und der wirtschaftlichen Entwicklung gleich mit. Aber wenigstens die Philippinen haben nun mit dem Renewable Energies Act einen Schritt aus dieser Logik heraus getan, sie sind auch als einziger Staat Südostasiens der neuen International Renewable Energy Agency IRENA beigetreten. Die Motivation war wirtschaftlicher Natur – die Philippinen haben so gut wie keine Kohle und kein Öl, aber in der Logik der Klimaverhandlungen waren diese Schritte falsch, weil sie einseitige Konzessionen waren. Taiwan, ein anderes Nachbarland der Philippinen, hat in den letzten Jahrzehnten systematisch Weltmärkte in Zukunftstechnologien erobert – Firmen wie Acer oder Ben-Q gingen aus staatlichen Forschungsinstituten hervor. Bei den Energietechnologien der Zukunft stehen ihnen die einheimischen Energiemonopolisten im Weg, die paar Windräder im Land sind importiert – aus Deutschland.

Aber auch in den Ländern Europas oder den anderen Industrieländern sollten wir daran arbeiten, die Mikado-Logik der UN-Verhandlungen aus dem gesellschaftlichen Klima-Diskurs möglichst herauszuhalten. Erst kommt das Fressen, dann die Moral – auch im Norden werden wir mit moralischen Argumenten allein das fossile Energiesystem nicht überwinden können, sondern nur wenn die Mehrheit der Menschen das Gefühl hat, dass sie davon auch wirtschaftlich profitieren werden. Wenn europäische NGOs zurzeit ganz in der Logik der UN-Verhandlungen die Position der G77-Regierungen übernehmen und erklären, Voraussetzung für Klimaschutz sei ein Abkommen in Kopenhagen im Dezember und Voraussetzung dafür sei wiederum, dass die Industrieländer jährlich €110 Milliarden den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen, ist das vielleicht moralisch nachvollziehbar, aber politisch fatal. Weder in der EU noch erst recht nicht in den USA oder Japan werden diese Mittel über den Tisch gehen, denn für solche Summen müssten Steuern erhöht oder andere Staatsausgaben gekürzt werden. Wenn die Botschaft der NGOs ausgerechnet mitten in der größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten lautet, dass Klimaschutz in erster Linie einen

Haufen Geld kostet, das wir beispielsweise den Chinesen schenken, dann können wir eigentlich gleich einpacken.

Gerade in Deutschland hat sich gezeigt, dass wir dann gewinnen können, wenn wir Klimaschutz mit ökonomischen Argumenten untermauern können. Wenn Klimaschutz 250 000 Jobs bei erneuerbaren Energien schafft, die Macht der ungeliebten Stromkonzerne schmälert, uns neue Weltmarktchancen für Zukunftstechnologien eröffnet, dann ist es schön wenn man auch noch die Moral auf seiner Seite hat. Sicher kommen wir auch um Lifestyle-Fragen nicht herum, man kann nicht einfach 1:1 das heutige Wirtschafts- und Energiesystem auf erneuerbare umstellen und effizienter machen. Aber wenn wir keine Zeit zu verlieren haben und ein Kohlekraftwerk mit 3 Mio Tonnen Jahresemissionen leichter verhindert werden kann als ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen durchgesetzt werden kann, das auch 3 Mio Tonnen bringen würde – dann wäre es Dummheit sich zunächst auf das Tempolimit zu konzentrieren, zumal das Kohlekraftwerk wenn es erstmal läuft 40 Jahre laufen wird, das Tempolimit aber auch noch in 5 Jahren eingeführt werden kann. Dies ist ein Beispiel, das kann man aber auch auf andere Beispiele übertragen.

### **Der Schnellste gewinnt – Südostasien gehört nicht zu den Schnellsten**

Europa ist einer der größten Treibhausgasemittenten, mit den historischen Emissionen sicher der größte, und wir alle wissen es und wollen es ändern. Der Weg von der Erkenntnis zum Handeln ist meist lang, nicht nur beim Kettenraucher. Er ist nur dann relativ kurz, wenn er nicht als Opfer oder Bedrohung wahrgenommen wird, sondern als Chance, als Verbesserung. So ungefähr wie der Übergang von der Schreibmaschine zum PC oder von Analog-Fernseher zum Digital-TV. Das fanden alle toll, und entsprechend flott ging es. In Deutschland ist dies sicher leichter vermittelbar als in fast allen anderen Ländern, aber gerade in Krisenzeiten hält man ja schnell am Bestehenden fest, gerät ins Zweifeln und wird risiko- und innovationsscheu. Krisen sind die Stunden derjenigen, die sagen »Keine Experimente«. Klimaschutz muss also so wahrgenommen werden, dass wir nur mit Klimaschutz die Krise meistern können, mithin das Fressen sichern und nicht nur moralisch gut dastehen.

Südostasien ist auch ein großer Treibhausgas-Emittent, vor allem wegen Indonesien, und niemand weiß es. Das ist ein neues, historisch sehr junges Phänomen, und in sehr kurzer Zeit werden enorme irreversible Schäden angerichtet. Diese Emissionen nützen nur einer kleinen gierigen Elite, dennoch heißt Klimaschutz selbst für linke und antikapitalistische Kreise in Südostasien, dass dafür die Industrieländer zuständig sind und nicht Indonesiens Eliten. Die Konsequenz ist die Mikadologik, es passiert nichts, der Status Quo wird im Interesse der herrschenden Eliten Südasiens zementiert statt sich zielstrebig an die Entwicklung von Alternativen zu den fossilen politisch-ökonomischen Strukturen zu machen. Hätte Taiwan gesagt, wir wollen vom Norden soundsoviel Milliarden um Computer und Microchips zu importieren, hätten sie heute noch keine – stattdessen haben sie selber entwickelt und die Weltmärkte erobert. Warum sollte es bei erneuerbaren Energien anders sein?

Man könnte sagen, es ist eine Frage der Zeit, bis sich das ändert. Vermutlich stimmt das. Leider haben wir aber keine Zeit zu verlieren. Aber wenn technologische Innovationen erstmal von allen gewollt und akzeptiert werden, weil sie den Menschen konkret nützen, kann es rasend schnell gehen. Ich sage nur Handy und Internet. So rasend schnell muss es mit der Energiewende demnächst überall in der Welt wohl auch gehen. Der Schnellste gewinnt. Südostasien dürfte diesmal wohl nicht zu den Schnellsten gehören.